



Berlin: Streik bei der PIN AG für Lohn- und Manteltarifvertrag

Der Berliner Briefdienstleister PIN AG wurde im April 1999 von Bernhard Klapproth und Martina Roitzsch in Berlin gegründet. Die Briefzustellung begann am 17. August 1999.

Mit der Liberalisierung des Postmarktes im Jahre 2004 stiegen große Medienkonzerne wie die Axel Springer AG und die Holtzbrinck Verlagsgruppe in das Unternehmen ein. In den folgenden Jahren durchlief es mehrere Wandlungen. Weitere Presseunternehmen beteiligten sich an der PIN AG, so dass sie im Jahr 2007 zur einzigen ernsthaften Konkurrentin für die Deutsche Post AG aufstieg.

Da aber mit der Öffnung des Postmarktes die Zahl der Briefdienstleister explosionsartig stieg, entwickelte sich die PIN AG nicht wie erhofft. Die privaten Unternehmen waren in der Regel nur lokal, allenfalls regional verankert. Deshalb scheiterte der Versuch, mit ihnen ein bundesweites Netz alternativ zu dem der Post aufzubauen. Viele der kleinen Anbieter hatten daran kein Interesse oder besaßen schlicht und einfach nicht die finanziellen Mittel, um ihren Beitrag dazu zu leisten.

Immerhin gelang es der PIN AG, die Ausschreibung für die gesamte Berliner Behördenpost zu gewinnen. So konnte sie sich mit diesem Auftrag wenigstens regional eine solide wirtschaftliche Grundlage sichern.

Scheitern des Branchenmindestlohns

Von da an sah die Post die PIN AG als Gefahr an. Sie befürchtete, diese könne durch niedrige Löhne im Zustellsektor das eigene Geschäft drastisch beeinträchtigen.

Zusammen mit ver.di nutzte sie das sog. Entsendegesetz, um Mindestlöhne für die Briefbearbeitung und die Zustellung festzulegen. Im November 2007 wurde ein Branchentarifvertrag vereinbart, den wenig später das Arbeitsministerium für allgemeinverbindlich erklärte. Danach sollten 8,00 eur für Sortierkräfte und 9,80 EUR für Zusteller zukünftig mindestens bezahlt werden. Parallel dazu liefen Tarifverhandlungen mit der PIN AG, die aber zu keinem Ergebnis führten.

Die PIN AG zahlte trotz heftiger Proteste die Mindestlöhne, da der aus SPD und Linken gebildete Berliner Senat darauf bestand. Der für die Vergabe der Lizenzen zuständige Wirtschaftsminister Wolff drohte widrigenfalls mit der Nichtverlängerung des Zustellauftrags.

Als nach zwei Jahren die Verbindlichkeitserklärung wegen eines Formfehlers außer Kraft gesetzt wurde, kehrte die PIN AG zu den alten Löhnen zurück. Für wenige KollegInnen wurde der Lohn gegenüber ihrem früheren Entgelt leicht angehoben, so dass die vom Senat für die Vergabe öffentlicher Leistungen festgelegte Lohnuntergrenze in Höhe von 7,50 EUR nicht unterschritten wurde.

Ein erster Anlauf zum Abschluss eines Tarifvertrages

Die Beschäftigten forderten nach dieser drastischen Lohnsenkung ver.di auf, einen Tarifvertrag für sie abzuschließen. Ver.di versprach initiativ zu werden, sobald wenigstens 50% der Beschäftigten Mitglieder der Gewerkschaft geworden seien. Als dieses Quorum erreicht wurde, schrieb der Berliner Bezirk des Fachbereiches 10 einen Brief an den Vorstand der PIN AG und forderte ihn auf, Tarifverhandlungen aufzunehmen. Deren Vorsitzende Thiel sagte ein Gespräch zu. Doch zwei Tage vor dem anberaumten Termin blies er das Treffen ab.

Auf eine derart barsche Absage waren die Hauptamtlichen und die im Fachbereich Organisierten nicht vorbereitet. Da der Fachbereich die Beschäftigten nicht mit einbezogen hatte, Aktionen und Streiks nicht vorbereitet worden waren, stand er wie gelähmt da und konnte die Welt nicht mehr begreifen.

Depression und Neubeginn

Es setzte eine zwei Jahre dauernde Phase der Niedergeschlagenheit ein, die durch Hunderte von Austritten, mehrfache Wahlen des Betriebsrates und eine Desorientierung der Betriebsgruppe gekennzeichnet war. Einige wollten sich nur noch auf das Betriebsverfassungsgesetz stützen und darüber Regelungen für die Beschäftigten durchsetzen. Andere plädierten für die Etablierung von ver.di Strukturen im Betrieb, ohne dafür aber eine Basis zu haben.

Im November 2012 verlangten die Beschäftigten auf einer Betriebsversammlung erneut von ver.di, für sie einen Tarifvertrag abzuschließen. Sie kritisierten die unregelmäßigen Beschäftigungsverhältnisse und den Umstand, dass bereits seit zehn Jahren der Lohn stagniere. Wieder stellte ver.di die Bedingung, dass erst 50 Prozent der Beschäf-

tigten gewerkschaftlich organisiert sein müssten bevor die Gewerkschaft sich engagiere. Nach einem Jahr zäher Aktivität gelang dies wenigstens im Zustellbereich.

ver.di stand nun unter erheblichem Druck und konnte sich eine erneute Niederlage nicht erlauben. Nach der desaströsen Verhandlungsführung 2009 wurde beschlossen, dem Landesbezirk ver.di die Aufgabe zu übertragen. Deren stellvertretender Vorsitzender Roland Tremper übernahm die Leitung der dafür eingesetzten Kommission.

Zweiter Anlauf

Gefordert wurde eine Lohnerhöhung um mindestens 10%, die Abschaffung der Anwesenheitsprämien, die Vereinbarung von Lohn tabellen mit Dienstzeitstufen, die Zahlung von Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie klare Regelungen zur Arbeitszeit.

Immerhin ließ sich die PIN AG nach anfänglichem Zögern auf Verhandlungen ein, war aber nicht bereit, auf einen Abschluss zu orientieren.

Die Verhandlungen wurden von Anfang an durch Streiks begleitet. Dabei war interessant, dass zwar nur 230 von 700 Zustellern die Arbeit niederlegten, in den Zustelldepots Charlottenburg, Spandau und Wedding jedoch über 90 Prozent der Zusteller am Ausstand teilnahmen.

Die PIN AG versuchte die Polizei für ihre Zwecke einzuspannen, erteilte Hausverbote und kündigte engagierten Gewerkschaftern fristlos. Doch damit konnte sie die Moral der Streikenden nicht brechen.

Nach dem Scheitern der sechsten Verhandlungsrunde am 26. November leitete ver.di die Urabstimmung ein. 97,4 Prozent der Abstimmenden votierten für einen unbefristeten Streik.

Als ver.di merkte, dass sie nach diesem eindeutigen Votum der Beschäftigten immer noch hingehalten wurde, stellte sie ein Ultimatum und verlieh diesem durch einen zweitägigen Ausstand Nachdruck.

Die PIN AG sperrte an den folgenden Tag die zweihundert KollegInnen, die die Arbeit niedergelegt hatten, aus. Sie griff damit zu einem Instrument der Arbeitskämpfführung, dass nur noch die älteren von uns kennen. ver.di rief daraufhin sofort den unbefristeten Streik aus.

Die Aussperrung

Die PIN AG signalisierte mit dieser Entscheidung, dass sie sich nicht friedlich einigen wolle und dass es ihr auch egal sei, ob in über zweihundert Zustellbezirken in den kommenden Tagen nicht zugestellt werde. Dies führte nicht nur beim Senat und der der PIN AG wohlwollend gegenüberstehende Presse zu Verstimmungen, auch viele Privatunternehmen protestierten heftig dagegen, mussten sie doch befürchten, dass vor Weihnachten ihre Post nicht mehr ausgeliefert werde und damit wichtige Geschäfte platzen könnten. Auch unter den Bürgern Berlins, den gewerkschaftlich organisierten allemal, fand die Aussperrung keine Zustimmung, sondern im Gegenteil. Sie verschaffte dem Streik Aufmerksamkeit und führte zu breiter Solidarisierung mit den KollegInnen.

Selbst die PIN AG war sich der Folgen der Aussperrung nicht bewusst. Sie hatte nicht mit der Schelte von Öffent-

lichkeit und den mit ihr zusammenarbeitenden Unternehmen gerechnet. Sie bekam auch die betrieblichen Prozesse nicht in den Griff. Ganze Zustellbasen fielen vollständig aus, so dass nicht einmal Streikbrecher angelernt werden konnten. Auch der Produktionsbetrieb zeigte sich einer solchen Herausforderung nicht gewachsen. Da die nicht zustellbaren Sendungen nicht gelagert werden konnten, musste sie ihrem Konkurrenten der Post übergeben werden. Kamen dort die Sendungen in den ersten Tagen noch geordnet in Behältern an, lieferte die PIN AG sie in den folgenden Tagen säckeweise auf. Und teuer wurde dies für sie überdies noch.

Der Abschluss

Ebenso panikartig wie sie die Aussperrung beschlossen hatte, kehrte sie zu einer Verhandlungslösung zurück. In einer kurzfristig anberaumten Nachtsitzung wurden Abschlüsse zu einem Lohn- und Manteltarifvertrag vereinbart. ver.di konnte sich weitgehend durchsetzen.

Auf der Basis der Vollzeitkräfte wurden feste Monatslöhne vereinbart, die in zwei Stufen, beginnend mit dem 1. Januar 2014 steigen werden. Sie beinhalten klar definierte nach Betriebszugehörigkeit gestaffelte Erfahrungsstufen. Die Anwesenheitsprämie konnte zwar nicht verhindert, aber in der Höhe reduziert und zum festen Bestandteil der Lohnzahlungen deklariert werden. Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld werden zukünftig bezahlt. Es wurden sogar die Beschäftigten tarifiert, die nicht in die Auseinandersetzungen einbezogen wurden wie etwa die Kräfte in der stationären Bearbeitung. Und die vom Arbeitgeber für die Streikbrecher gezahlte Prämie, wurde für die streikenden in gleicher Höhe als Einmalbetrag vereinbart. So dürfte sich das gespannte Verhältnis zwischen Streikteilnehmern und Streikbrechern im Betrieb bald wieder beruhigen.

Die Arbeitszeit wurde auf 40 Stunden festgelegt, darf aber innerhalb von 24 Wochen zwischen 38 und 42 Stunden pendeln, ähnlich wie bei den Zustellern der Post. Der Entgelt- und Manteltarifvertrag besitzt eine Laufzeit von 24 Monaten.

Fazit

Mit einem nur wenige Tage dauernden unbefristeten Streik schaffte ver.di im Sektor der privaten Postdienstleistungen ein Novum. Zum ersten Mal gelang es, einer Firma in diesem Sektor einen Tarifvertrag abzutrotzen.

Dies war im Wesentlichen der Entschlossenheit eines Teils der KollegInnen zu verdanken, aber auch der Entscheidung der Verhandlungskommission, in der für das Geschäftsergebnis des Unternehmens wichtigen Weihnachtszeit den Streik zu zuspitzen. Viele Gewerkschaften scheuen mittlerweile, bei Auftragsspitzen oder sonstigen für die Unternehmen wichtigen Zeiten einen Arbeitskampf zu führen.

Die Beschäftigten der Post blieben während dieses Arbeitskampfes weitgehend außen vor. Informationen über Aktionen wurde nur kurzfristig weitergegeben, so dass eine aktive Solidarisierung nicht möglich war. Immerhin besuchten einige Betriebsratsgremien wie auch das des BZ 10 in einer Pause eine Kundgebung der Streikenden.

03.04.2014 ■